



# SWISS

# Persona

Nummer 12 ■ 19. Dezember 2017  
92. Jahrgang ■ Cousset FR

AZB  
8484 Weisslingen

Ihr Personalverband • Votre association du personnel • La vostra associazione del personale • Vossa associaziun dal personal

## Ausserordentliche Versammlung des VdI zum Rentenalter 65

# Instruktoren verabschieden Resolution zuhanden des Bundesrates

Die Instruktoren nehmen es nicht einfach so hin, dass der Bundesrat das Pensionsalter für die «Besonderen Berufskategorien» auf 65 Jahre anheben will. An einer ausserordentlichen Versammlung des Verbandes der Instruktoren VdI zeigten sich die Instruktoren kämpferisch und verabschiedeten einstimmig eine Resolution zuhanden des Bundesrates. Unterstützung erhalten die Instruktoren von zwei anwesenden Parlamentsmitgliedern: Nationalrätin Yvette Estermann und Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.



Einstimmig verabschieden die Instruktoren die Resolution «Kein weiterer Leistungsabbau beim militärischen Personal». (Bilder Beat Wenzinger)

Beat Wenzinger  
Redaktor swissPersona

Es brodelt im Instruktorienkorps, was auch an der ausserordentlichen Versammlung des VdI deutlich zum Ausdruck kam. 208 Instruktoren aus allen Landesteilen nahmen sich Zeit in Aarau ein starkes Zeichen zu setzen. Mit im Gepäck hatten sie weitere 449 Vertretungserklärungen von ihren Berufskollegen, welche nicht persönlich anreisen konnten. Dies ergibt die stolze Summe von 657 zugelassenen Stimmen.

### Grosses Unverständnis

Die bundesrätliche Ankündigung im Sommer, das Pensionsalter der «Besonderen Berufskategorien» auf 65 Jahre zu erhöhen, löste bei den Betroffenen grosses Unverständnis aus. swissPersona und VdI haben sofort nach der Ankündigung entschieden, nicht «die Faust im Sack zu machen», sondern aktiv zu werden. «Vieles wurde schon unternommen», wie swissPersona Zentralsekretär Beat Grossrieder erläuterte. Der nächste Schritt ist nun die Verabschiedung einer Resolution zuhanden

des Bundesrates und weiteren Behörden.

### Basisbefragung

Bevor die Versammlung über die Resolution abstimmen konnte, gab Adrian Reichmuth, VdI-Vizepräsident, die Resultate einer bei den Instruktoren im Oktober 2017 durchgeführten Umfrage bekannt. In dieser Umfrage wurde abgefragt, welche von fünf vorgeschlagenen Varianten bevorzugt wird. Die konkrete Frage lautete: «Welche der aus unserer Sicht möglichen Varianten würden Sie für Ihre Pensionierung bevorzugen, sofern Sie noch 20 Jahre zu arbeiten hätten?» Es wurden 808 elektronische Umfragebögen verteilt. 81,6 Prozent der befragten Instruktoren beteiligten sich an der Umfrage. Nachfolgend in Kurzform die fünf Varianten, die zur Auswahl standen:

#### Status Quo

Keine Veränderung zum heutigen System. Pensionierung mit 60 Jah-

ren, Überbrückungsrente vom Arbeitgeber bis 65 Jahre.

#### Flex

Flexibler Altersrücktritt ab 60 Jahren mit voller Überbrückungsrenten-Möglichkeit ab 60 bis 65 Jahren.

#### Säule

Arbeit bis 65 Jahren. Einzahlung durch den Arbeitgeber von jährlich obligatorischen Sockelbeträgen (fester Betrag als Basis) in die Pensionskasse, damit eine freiwillige Pensionierung ab 60 Jahren zu den heutigen Konditionen möglich ist. Freiwillige Pension ab 60 Jahren ohne Überbrückungsrente möglich.

#### Besoldung

Arbeit bis 65 Jahren mit Anheben der Lohnklassen.

#### Zeitnachweis

Arbeit bis 65 Jahren mit Zeitnachweis und Überstundenkompensation, Pikettdienstentschädigungen, Nacht- und Sonntagsdienstzulagen

gemäss Bundespersonalverordnung BPV (Fall des Statutes mit allen persönlichen Vor- und Nachteilen).



Adrian Reichmuth präsentiert die Resultate der Basisbefragung.

### Auswertung der Basisbefragung

#### Mehrheit für «Status Quo»

Die Instruktoren konnten die fünf Varianten priorisieren: 1. bis 5. Priorität. Die deutliche Mehrheit sprach

Fortsetzung auf Seite 2

## KOMMENTAR



### Ein Trostpflaster

Liebe Leserinnen und Leser

Im Sommer teilte die PUBLICA mit, sie wolle den technischen Zinssatz und den Umwandlungssatz senken. Konkret: Für ein Altersguthaben von 100'000 Franken sollen Rentnerinnen und Rentner künftig statt 5'650 Franken nur noch 5'090 Franken erhalten. Ein massiver Abbau, welchen auch der Bundesrat nicht ohne Abfederungsmassnahmen durchziehen wollte. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament sah das leider anders. Gleich zu Beginn der Wintersession kippten die eidgenössischen Räte den nötigen Betrag von 160 Millionen Franken für die PUBLICA aus dem Budget. Ein klares Signal: Der Abbau geht einseitig zulasten des Personals. Ohne Beteiligung des Arbeitgebers.

Immerhin ist es gelungen, den Teuerungsausgleich einzuhandeln: Das Bundespersonal erhält diesen im Jahr 2018, nach zwei Jahren mit Nullrunden. Selbst diesen Ausgleich wollten diverse National- und Ständeräte verweigern. Das wäre eine Respektlosigkeit sondergleichen gewesen gegenüber dem Personal. Es ist dem Parlament gerade noch gelungen, dies zu vermeiden. Die 32 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich sind zwar nicht mehr als ein Trostpflaster. Aber immerhin sind sie das.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen besinnliche Feiertage, ein frohes Fest und für 2018 alles Gute!

Herzliche Grüsse  
swissPersona

Dr. Markus Meyer  
Zentralpräsident

## Geplante Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre

An einer ausserordentlichen Versammlung verabschiedeten die Instruktoren eine Resolution zuhanden des Bundesrates.

Seiten 1 – 5

## Personalverbände sind gefordert

Im auslaufenden Jahr waren die Personalverbände an allen Ecken und Enden gefordert. Ein kleiner Überblick.

Seiten 6 – 8

## Impressum

Verleger:  
swissPersona, Impasse Granges-Philing 8,  
1774 Cousset FR  
Redaktion/Team:  
Beat Wenzinger, Im Zentrum 7b  
6043 Adligenswil, Tel. 041 370 64 35  
beat.wenzinger@swisspersona.ch  
Roland Tribolet, Beat Grossrieder, Franz Gobeli,  
Fabrizio Sigrist, Beat Wenzinger, Urs Stettler  
Inserateverwaltung:  
Roland Koller, Chilenholzstrasse 9  
8614 Sulzbach, Tel. 044 940 68 85  
isrokoller@bluewin.ch  
Platzvorschriften sind unverbindlich

Inseratepreise:  
Annoncen 50 Rappen/Millimeter (Zehntelspalte)  
Adressänderungen an:  
Hans Rudolf Trüb, Zentralkassier swissPersona  
Dettenried 36, 8484 Weisslingen  
079 501 19 72, zentral.kassier@swisspersona.ch

Druck und Spedition:  
Rolf-Peter Zehnder AG, 9500 Wil

Abonnementspreis: Fr. 22.– jährlich  
Erscheinungsweise: monatlich  
Nächster Redaktionsschluss: 3. Januar 2018  
Internet: www.swisspersona.ch

Fortsetzung von Seite 1

sich in 1. Priorität für die Variante «Status Quo» aus (deutlich über 50 Prozent). Vor allem die ältere Generation sprach sich verstärkt für dieses Modell aus.

### Rang 2 «Flex», Rang 3 «Zeitnachweis»

Betrachtet man die 2. Priorität-Antworten, fiel die Entscheidung zugunsten der Variante «Flex» (35 Prozent) aus, gefolgt von Variante «Zeit-

nachweis» (23 Prozent). Diese beiden Varianten fanden verstärkt den Zuspruch der jüngeren Generation.

### Resolution zuhanden des Bundesrates

Nach der Präsentation der Umfrageresultate durch Adrian Reichmuth folgte eine Fragerunde zur vorbereiteten Resolution. VdI-Präsident Etienne Bernard, swissPersona Zentralpräsident Markus Meyer und swissPersona Zentralsekretär Beat

Grossrieder stellten sich den Fragen von diversen Votanten. Nach der Fragerunde schritt der VdI-Präsident zur Verabschiedung der Resolution über. Die Versammlung stimmte der Resolution (siehe Kasten) einstimmig zu.

### Weiteres Vorgehen

Mit der Verabschiedung der Resolution geht die Arbeit bei swissPersona nun noch zielgerichteter und mit einem klaren Auftrag erst recht weiter.

In den folgenden Wochen und Monaten konzentriert sich der Verband auf nachfolgende Arbeiten:

- Vorlegen der Umfrageresultate an den Personalchef Verteidigung und der Armeeführung.
- Weiteres Vorgehen mit der Armeeführung absprechen.
- Einreichen der gefassten Resolution an den Bundesrat.
- Mit- und Zusammenarbeit mit der

Arbeitsgruppe.

- Lobbyieren im Parlament.
- Vertreten der Positionen im Verteidigungsdepartement, beim Generalsekretariat VBS, beim Eidgenössischen Personalamt und beim Bundesrat.
- Einflussnahme über bevorstehende Ämterkonsultationen.

## RESOLUTION

### Kein weiterer Leistungsabbau beim militärischen Personal

Das Vorhaben des Bundesrates, das Pensionierungsalter der Instruktoressen von 60 auf 65 Jahren anzuheben, stösst beim militärischen Personal auf völliges Unverständnis und auf massiven Widerstand.

Für den Verband der Instruktoressen (VdI) und den Dachverband swissPersona ist eine solche massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit erhöhtem Gesundheits- und Sicherheitsrisiko sowie ohne Abgeltung der hohen Arbeitszeiten und Inkonvenienzen inakzeptabel.

Bereits vor knapp fünf Jahren wurde die Pensionierungsregelung, welche einen wichtigen Faktor der Anstellungsvoraussetzungen der besonderen Berufskategorien darstellt, zu Ungunsten des Personals angepasst. Die Übergangslösung der laufenden Variante ist noch nicht abgelaufen und man leitet bereits den nächsten Umbauschritt ein.

Seit Jahren verspricht man dem militärischen Personal, dass keine weiteren Kürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorgenommen werden sollen.

Die Realität beweist jedoch etwas anderes, was die eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen, mit negativen Auswirkungen für das Personal, in den folgenden Bereichen belegen:

- Militärversicherung
- FABI
- Altersvorsorge PUBLICA
- Keine Lohnmassnahmen in den letzten Jahren trotz gewaltiger Jahresabschlüsse und Überschüsse in der Bundeskasse (Dies war nicht so bei den bundesnahen Unternehmen)
- Pensionierungsalter 3. Revision in wenigen Jahren
- Immer höhere Arbeitsbelastungen aufgrund ständiger Systemanpassungen und Ausbildungsmodellen
- Schwindende Wertschätzung gegenüber den loyalen und einsatzbereiten Sicherheitsorganen

- Vertragsbruch und Verstoß gegen Treu und Glauben betreffend aller Verhandlungen und Abmachungen gegenüber der heutigen Pensionierungsregelung bei der die laufende Übergangsfrist noch nicht abgelaufen ist.

Beim militärischen Personal schwindet zunehmend das Vertrauen in die Abmachungen und Versprechungen des Arbeitgebers.

Bei einem allfälligen Umsetzen der geplanten Aktion würde die Glaubwürdigkeit des Arbeitgebers, die uneingeschränkte Einsatzbereitschaft und die hohe Loyalität des militärischen Personals gegenüber der Landesregierung aufs äusserste strapaziert.

Wir halten fest, dass:

- auf einen weiteren Abbau nebst den bereits eingeführten Massnahmen verzichtet werden muss;
- die sehr hohe Arbeitsbelastung durch Überstunden, Pikettdienst, Sonntags- und Nacharbeit abzugelten ist;
- Inkonvenienzen, wie häufig wechselnder Arbeitsort, unregelmässige Arbeitszeiten, Auslandseinsätze, lange zeitliche Abwesenheit von der Familie, erschwelter Aufbau eines privaten sozialen Netzwerkes anerkannt und zu berücksichtigen sind;
- die Umsetzung der Vertrauensarbeitszeit gemäss Bundespersonalverordnung BPV kein Thema sein kann, da der grössere Teil des Korps die Besoldungsklasse 24 (Kaderpositionen) nicht erreicht;
- das militärische Berufskorps nicht auseinander dividiert werden darf (kein Zweiklassensystem);
- den Berufsmilitärs, auch der unteren Einkommen, trotz sinkender Umwandlungssätze ein Altersrücktritt mit 60 Jahren auch in der Zukunft ermöglicht werden muss;
- das Milizsystem unserer Armee nicht gefährdet werden darf.

Wir bitten den Bundesrat dringend, auf jegliche nachteilhafte Änderung und auf einen weiteren Leistungsabbau beim militärischen Personal zu verzichten.



Etienne Bernard, Präsident Verband der Instruktoressen.

### Reibungsloser Ablauf

VdI-Präsident Etienne Bernard führte ruhig und souverän durch die Versammlung. Zu Beginn der Versammlung machte er klar: «Wir sind alle betroffen!» Er forderte alle auf sich aktiv am Prozess zu einer guten Lösung zu beteiligen. Ebenso rief er die Versammlungsteilnehmer auf, ihre Meinung an diesem Spätnachmittag kund zu tun. Ziel dieser ausserordentlichen Versammlung sei am Ende des Anlasses eine griffige Resolution zuhanden des Bundesrates zu verabschieden und gemeinsam Stärke zu zeigen.



Markus Meyer, swissPersona Zentralpräsident.

### Instruktoressen sind wichtig

Zentralpräsident Markus Meyer beleuchtete die starken Veränderungen der Armee in den vergangenen Jahrzehnten: «Der Truppenbestand von 655'000 (1961) zu heute 100'000 als ein Beispiel. Dieser Bedeutungsverlust schlägt auf die Instruktoressen durch.» In diesem Zeitrahmen hat auch der Anteil der Militärausgaben stark abgenommen. In den Worten von Adolf Ogi machte Meyer eines klar: «Die Instruktoressen sind die Architekten des Erfolgs.»

«Eine glaubwürdige Landesverteidigung darf etwas kosten und es braucht zudem ein glaubwürdiges Milizkorps sowie ein motiviertes Berufskorps.»



Beat Grossrieder, swissPersona Zentralsekretär.

### Spardruck

Zentralsekretär Beat Grossrieder thematisiert das Sparen beim Personal. Er zeigt auf, was bereits alles unternommen wurde. Der aktuelle Angriff auf das Pensionierungsalter könnte auch eine Chance sein: «Wir haben die Gelegenheit dem Bundesrat sowie dem Parlament klar aufzuzeigen, welche grossen und wichtigen Leistungen vom militärischen Personal erbracht werden und welche finanzielle Konsequenzen der Wegfall des Statutes hätte.»

«Bei der Armee ist die Zitrone ausgepresst. Nun kommt vermehrt das Personal in den Fokus. Das darf so nicht weitergehen.»



Yvette Estermann, Nationalrätin.

### Unterstützung

Vom ersten Moment an als Nationalrätin Yvette Estermann von den bundesrätlichen Absichten erfuhr das Rentenalter der «Besonderen Berufskategorien» auf 65 Jahre anzuheben, holte sie umgehend weitere Informationen ein. Sie sah die vielen Ungerechtigkeiten, die das Vorhaben mit sich brachte, und beschloss sich für das militärische Personal einzusetzen. Mit ihrem lebhaften Referat motivierte sie die Instruktoressen zu kämpfen.

«Die Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere sind bereit für die Schweiz zu kämpfen. Ich ermuntere Sie, nun für sich selber zu kämpfen! Machen Sie weiter so!»



Stefan Müller-Altermatt, Nationalrat/Präsident Transfair.

### Keine Sozialpartnerschaft

Transfair-Präsident und Nationalrat Stefan Müller-Altermatt sieht drei wesentliche Gefahren, sollte die Erhöhung des Rentenalters der «Besonderen Berufskategorien» tatsächlich umgesetzt werden: 1) Dies würde eine Geringschätzung gegenüber dem Bundespersonal bedeuten. 2) Die Sicherheit der Schweiz würde darunter leiden. 3) Das Milizsystem der Schweizer Armee würde merklich geschwächt: «Wer würde sich da noch engagieren wollen?»

«Wir Verbände begleiten dieses Projekt schon lange – aber ohne Erfolg. Das ist keine gelebte Sozialpartnerschaft des Bundesrates, deshalb wehren wir uns gemeinsam.»

Assemblée extraordinaire de l'AdI sur la retraite à 65 ans

# Les instructeurs votent une résolution à l'attention du Conseil fédéral

Les instructeurs n'acceptent pas sans broncher la volonté du Conseil fédéral de relever à 65 ans l'âge de la retraite des «catégories particulières de personnel». Lors d'une assemblée extraordinaire de l'Association des instructeurs AdI, les instructeurs se sont montrés pugnaces et ont voté à l'unanimité une résolution à l'attention du Conseil fédéral. Les instructeurs ont reçu le soutien de deux membres du Parlement, notamment d'Yvette Estermann, Conseillère nationale et de Stefan Müller-Altermatt, Conseiller national.

Beat Wenzinger  
Rédacteur swissPersona  
Traduction Jean Pythoud



Yvette Estermann, Conseillère nationale et Stefan Müller-Altermatt, Conseiller national soutiennent le personnel de la Confédération dans son «combat» pour une solution loyale de la question de la retraite. (Photos Beat Wenzinger)

Ça bouillonne au sein du corps des instructeurs, et cela s'est aussi clairement ressenti lors de l'assemblée extraordinaire de l'AdI. 208 instructeurs de toutes les parties du pays ont pris le temps pour poser un signe fort à Aarau. Avec eux, en plus, ils ont apporté 449 déclarations de représentation de leurs collègues de travail qui ne pouvaient se déplacer. Cela donne le très bel effectif de 657 voix autorisées.

## Grande incompréhension

L'annonce du Conseil fédéral de cet été de relever à 65 ans l'âge de la retraite des «catégories particulières de personnel» a été la source d'une grande incompréhension parmi les personnes concernées. Immédiatement après l'annonce, swissPersona et l'AdI ont décidé de ne pas «faire le poing dans la poche» mais bien d'être actifs. Comme l'explique Beat Grossrieder, secrétaire central swissPersona, «beaucoup de choses ont été entreprises». Le prochain pas est l'adoption d'une résolution à l'attention du Conseil fédéral et d'autres autorités.

## Consultation de la base

Avant que l'assemblée ne se prononce sur la résolution, Adrian Reichmuth, vice-président AdI donne les résultats de la consultation faite en octobre 2017 auprès des instructeurs. Dans cette consultation, était posé la question à savoir laquelle des cinq variantes était préférée. En texte clair, la question était «laquelle des variantes, possibles à notre avis, préféreriez-vous pour votre retraite, en admettant que vous avez encore 20 ans à travailler?» 808 questionnaires électroniques ont été envoyés. 81,6 pour cent des instructeurs questionnés ont pris part à la consultation. Ci-dessous, en résumé, les cinq variantes à choix:

### Status Quo

Pas de changement par rapport à aujourd'hui. Retraite à 60 ans, rente transitoire de l'employeur jusqu'à 65 ans.

### Flex

Retraite flexible dès 60 ans avec possibilité de rente transitoire complète dès 60 jusqu'à 65 ans.

### Pilier

Travail jusqu'à 65 ans. Versement de montants fixes annuels et obligatoires par l'employeur (montant fixe comme base) dans la caisse de pensions, afin qu'une retraite de plein gré dès 60 ans soit possible aux conditions actuelles. Retraite de plein gré dès 60 ans sans rente transitoire possible.

### Traitement

Travail jusqu'à 65 ans avec majoration des classes de salaires.

### Enregistrement du temps de travail

Travail jusqu'à 65 ans avec enregistrement du temps de travail et compensation des heures supplémentaires, indemnités pour service de piquet, pour service de nuit et dominical selon Ordonnance sur le personnel de la Confédération O Pers (perte du statut avec tous avantages et inconvénients).

### Résultats de la consultation de la base

#### Majorité pour «Status Quo»

Les instructeurs ont défini la priorité des cinq variantes: 1ère priorité jusqu'à la 5ème. La majorité s'est prononcée clairement pour la priorité 1 variante «Status Quo» (nettement plus de 50 pour cent). C'est avant tout la génération des plus âgés qui s'est largement exprimée

en faveur de ce modèle.

### 2ème rang «Flex», 3ème rang «Enregistrement du temps de travail»

En considérant les réponses de la 2ème priorité, la décision va au profit de la variante «Flex» (35 pour cent) suivie de la variante «Zeitnachweis» (23 pour cent). Ces deux variantes ont acquis une large adhésion de la jeune génération.

### Résolution à l'attention du Conseil fédéral

Un volet de questions-réponses, en préambule du vote sur la résolution, a suivi la présentation des résultats de la consultation faite par Adrian Reichmuth. Le président de l'AdI Etienne Bernard; le Dr Markus Meyer, président central swissPersona et Beat Grossrieder, secrétaire central swissPersona ont répondu aux interpellation des membres présents. Après ce tour des questions, le président de l'AdI passe à l'adoption de la résolution. L'assemblée approuve à l'unanimité la résolution (voir encadré).

### Autres interventions

Par l'approbation de la résolution, le travail continue de manière encore plus ciblée et avec une mission claire à swissPersona. Dans les semaines et mois prochains, l'Association va se

concentrer sur les travaux suivants:

- Présentation des résultats de la consultation au Chef du personnel de la défense et à la Conduite de l'armée.
- Discuter des modalités futures avec la Conduite de l'armée.
- Remise de la résolution approuvée au Conseil fédéral.
- Assistance et collaboration avec le groupe de travail.
- Agir via les groupes de pression au sein du Parlement (lobby).
- Représenter les positions auprès du Département de la défense, du Secrétariat général DDPS, de l'Office fédéral du personnel et du Conseil fédéral.
- Prise d'influence sur les futures consultations auprès des Offices.



Adrian Reichmuth présente les résultats de la consultation de la base.

## COMMENTAIRE



### Une consolation

Traduction Jean Pythoud

Chères lectrices, chers lecteurs,

En été, PUBLICA annonçait qu'elle voulait abaisser le taux d'intérêt technique et celui de conversion. Concrètement: pour un avoir de vieillesse de 100'000 francs, les rentières et les rentiers au lieu de recevoir 5'650 francs, ne recevront dans le futur plus que 5'090 francs. Une réduction massive que le Conseil fédéral voulait aussi réaliser non sans mesures d'adoucissement. La majorité bourgeoise du Parlement a, malheureusement, vu autrement. Juste au début de la session d'hiver, les Chambres fédérales ont sorti du budget l'apport nécessaire de 160 millions de francs au profit de PUBLICA. Un signal clair: la réduction va unilatéralement à la charge du personnel. Sans participation de l'employeur.

On a toutefois réussi à négocier la compensation du coût de la vie: après deux ans de gel des compensations, le personnel de la Confédération va la recevoir en cette année 2018. Cette même compensation, certains Conseillers nationaux et aux Etats voulaient la refuser. Ceci eut été un manque de respect sans égal face au personnel de la Confédération. Le Parlement a de justesse pu éviter cela. Les 32 millions de francs pour la compensation du coût de la vie ne sont plus une consolation. Mais, toujours est-il, ils sont là.

Chères lectrices, chers lecteurs, je vous souhaite des jours de fête sereins, une joyeuse Fête et le meilleur pour 2018!

Cordiales salutations  
swissPersona

Dr. Markus Meyer  
Président central



Etienne Bernard, Président de l'Association des Instructeurs.

### Déroulement serein

Etienne Bernard, président AdI, conduit l'assemblée avec calme et de manière souveraine. Au début de l'assemblée, il souligne fortement que «nous sommes tous touchés!» Il demande à tous de s'engager activement dans la recherche d'une solution acceptable. De même, il appelle les membres de l'assemblée à exprimer leurs opinions en cette fin d'après-midi. L'objectif de cette assemblée extraordinaire est d'adopter une solide résolution à l'attention du Conseil fédéral et de montrer qu'ensemble nous sommes forts.

Continue à la page 4



**Ihr Personalverband**  
Votro association du personnel  
La vostra associazione del personale  
Vossa associaziun dal personal

Continue de la page 3

## RÉSOLUTION

### Pas de réduction supplémentaire des prestations au sein du personnel militaire

Le projet du Conseil fédéral de relever l'âge de la retraite des instructeurs de 60 à 65 ans, rencontre une totale incompréhension et une vive résistance au sein du personnel militaire.

Pour l'Association des instructeurs (AdI) et l'association faïtière swissPersona, une telle dégradation massive des conditions de travail avec des risques élevés pour la santé et la sécurité, ainsi que l'absence d'indemnisation des heures élevées de travail et des inconvénients qui en découlent sont inacceptables.

Il y a 5 ans à peine, la réglementation de la retraite, laquelle représente un facteur important des conditions d'engagement des catégories particulières professionnelles, a été adaptée au détriment du personnel. La solution transitoire de la variante en cours n'est pas encore achevée que l'on induit déjà le prochain pas de transformation.

Depuis des années, on promet au personnel militaire qu'aucune réduction et dégradation supplémentaire des conditions de travail ne sera mise en vigueur.

Toutefois, la réalité prouve autre chose, que les mesures prises et appliquées ont des effets négatifs pour le personnel. Ceci est démontré dans les domaines suivants:

- Assurance militaire;
- FAIF;
- Prévoyance PUBLICA;
- Aucunes mesures salariales ces dernières années, malgré les puissants excédents de recettes et bénéfices de la caisse fédérale (au contraire des entreprises proches de la Confédération);
- 3 révisions du système de retraite en 12 ans;
- Toujours plus de charge de travail due aux adaptations constantes aux systèmes et modèles d'instruction;
- Affaiblissement de la reconnaissance envers la loyauté et la disponibilité des organes de sécurité;
- Rupture de contrat et entorse à la bonne foi envers toutes les tractations et accords relatifs au règlement actuel de la retraite dont le délai transitoire n'est pas encore échu.

Au sein du personnel militaire, la confiance envers les accords et les promesses de l'employeur décline de plus en plus.

La crédibilité de l'employeur, la disponibilité sans limite et la loyauté élevée du personnel militaire envers le gouvernement seraient mises à rude épreuve si d'aventure, le projet devait être réalisé.

Nous tenons à ce que:

- À côté des mesures déjà engagées, il doit être renoncé à tout autre démontage;
- La charge très élevée causée par les heures supplémentaires, le service de piquet, le travail dominical et de nuit doivent être honorés;
- Les inconvénients, comme le changement fréquent de lieu de travail, les horaires irréguliers de travail, les engagements à l'étranger, l'éloignement de longue durée de la famille, le maintien difficile d'un réseau social privé doivent être reconnus et pris en considération;
- La mise en œuvre du modèle de travail basée sur la confiance selon l'O Pers ne soit pas une solution, car la plus grande partie du corps n'atteint de loin pas la classe de salaire 24 «positions de cadres»;
- Le corps militaire professionnel ne soit pas divisé (pas de système à deux vitesses);
- Dans le futur et malgré le fléchissement des taux de conversion, la retraite à 60 ans doit rester possible aussi pour les militaires de carrière des classes de salaires inférieures;
- Le système de notre armée de milice ne doit pas être mis en danger.

Nous prions instamment le Conseil fédéral de renoncer à toute Modification désavantageuse et autres réductions de prestations au sein du personnel militaire.



Markus Meyer, président central swissPersona.

### Les instructeurs sont importants

Le Dr Markus Meyer, président central, met en lumière les puissants changements de l'armée intervenus ces dernières années et décennies. Comme par exemple: «l'effectif des troupes de 665'000 (1961) à 100'000 aujourd'hui. Cette perte significative se répercute sur les instructeurs.» Les dépenses militaires ont aussi fortement diminué durant cette période. Meyer fait siens les mots d'Adolf Ogi: «Les instructeurs sont les architectes du succès».

*«Une défense nationale crédible doit coûter quelque chose et en plus elle a besoin d'un corps de milice crédible de même que d'un corps professionnel motivé.»*



Beat Grossrieder, secrétaire central swissPersona.

### Pression d'économie

Beat Grossrieder, secrétaire central traite des mesures d'économies dans le personnel. Il énumère tout ce qui a déjà été entrepris. L'attaque en cours sur l'âge de la retraite pourrait aussi bien être une chance.

*«Nous avons l'opportunité de montrer clairement au Conseil fédéral comme au parlement quelles prestations au combien importantes sont accomplies par les militaires de carrière et quelles conséquences financières impliquerait l'abolition de leur statut.»*



Yvette Estermann, Conseillère nationale.

### Support du Conseil national

Dès les premiers instants où la Conseillère nationale Yvette Estermann a eu vent de l'intention du Conseil fédéral de relever à 65 ans l'âge de la retraite des «catégories particulières de personnel», elle se mit à immédiatement à la recherche d'informations complémentaires. Elle remarqua les nombreuses injustices, que le projet contenait, et décida de s'engager en faveur du personnel militaire. Dans un exposé animé elle motiva les instructeurs à se battre.

*«Les officiers et les sous-officiers de carrière sont prêts à se battre pour la Suisse. Je vous encourage à combattre pour vous-mêmes! Continuez ainsi!»*



Stefan Müller-Altermatt, Conseiller national et président de Transfair.

### Aucun partenariat social réel

Stefan Müller-Altermatt, président de Transfair et Conseiller national, voit trois dangers essentiels si le relèvement de l'âge de la retraite des «catégories particulières de personnel» devrait être appliqué: 1) Cela marquerait le dédain face au personnel de la Confédération. 2) la sécurité de la Suisse en pâtirait. 3) Le système de milice de l'armée suisse serait notablement affaibli: «Qui voudra encore s'engager?»

*«Nous Associations du personnel, suivont ce projet depuis longtemps – hélas sans succès. Il n'y a aucun partenariat social réel de la part du Conseil fédéral, c'est pourquoi nous nous battons ensemble.»*

Pensionamento a 65 anni, assemblea straordinaria della AdI

# Gli istruttori inoltrano una risoluzione al Consiglio federale

Gli istruttori non sono disposti ad accettare facilmente l'intenzione di portare l'età del pensionamento delle «categorie particolari» del personale a 65 anni. In occasione dell'assemblea straordinaria gli interessati hanno dimostrato la loro combattività ed hanno quindi inoltrato al Consiglio federale una chiara presa di posizione in merito. Pure presenti all'assemblea, hanno dato il loro appoggio i Consiglieri nazionali Yvette Estermann e Stefan Müller-Altermatt.

Beat Wenzinger  
Redattore swissPersona  
Traduzione Carlo Spinelli

Tra i presenti all'assemblea straordinaria, è chiaramente palpabile il malcontento che serpeggia nel corpo degli istruttori. 208 istruttori provenienti da tutto il Paese si sono pre-

sentati ad Aarau dando così un segnale forte. Gli stessi erano accompagnati da 449 procure di rappresentanza firmate dai colleghi di lavoro impossibilitati a presenziare per un totale quindi di 657 votanti.

### Grande l'incomprensione

La decisione del Consiglio federale caduta nel corso dell'estate, di



Adrian Reichmuth espone i risultati dell'inchiesta. (immagini Beat Wenzinger)

portare l'età del pensionamento per le categorie particolari a 65 anni ha innescato presso i diretti interessati una grande incomprensione. swissPersona e l'AdI hanno immediatamente deciso di non starsene con le mani in mano ma bensì attivarsi in merito. «Si è già tanto intrapreso» cita il segretario centrale di swissPersona Beat Grossrieder. Il passo successivo è l'inoltro di una risoluzione all'attenzione del Consiglio federale e ad altre autorità.

### Inchiesta presso la base

Prima dell'approvazione della risoluzione, il vice presidente della AdI ha reso noti i risultati dell'inchiesta condotta con i membri della base

Continua alla pagina 5

Continua da pagina 4

nel mese di ottobre 2017. L'inchiesta conteneva cinque varianti da mettere in ordine di preferenza. Concretamente si chiedeva: «Quale variante predilige per il proprio pensionamento considerando che dovrà lavorare ancora per i prossimi 20 anni?» Sono stati distribuiti agli istruttori in forma elettronica 808 questionari con una partecipazione dell'81,6%. Di seguito in forma breve le scelte scaturite:

#### Status Quo

Nessuna modifica alla situazione attuale. Pensionamento a 60 anni, rendita ponte del datore di lavoro fino a 65 anni.

#### Flex

Pensionamento flessibile a partire dai 60 anni con possibilità di rendita

ponte completa dai 60 ai 65 anni.

#### Pilastro

Lavoro fino a 65 anni. Versamento da parte del datore di lavoro di un importo annuo obbligatorio (importo fisso quale base) alla cassa pensione così da permettere una partenza volontaria a partire dai 60 anni alle stesse condizioni attualmente vigenti. Possibile un pensionamento a partire da 60 anni ma senza una rendita ponte.

#### Pagamento

Lavoro fino a 65 con aumento della classe di stipendio.

#### Orario controllato

Lavoro fino a 65 anni con controllo delle ore di lavoro e compensazione delle ore supplementari, indennità di picchetto, secondo l'Opers pagamento del lavoro notturno e nei gi-

orni festivi (statuto con tutti i pro e contro personali).

#### Analisi dell'inchiesta

#### La maggioranza è per lo «Status Quo»

Gli istruttori avevano la possibilità di mettere le varianti in successione prioritaria. La stragrande maggioranza ha optato in primis per lo «status quo» (chiaramente oltre il 50%). In particolare le generazioni più anziane sono quelle che si sono espresse in favore di questa variante.

#### Al 2° posto «Flex», al 3° «orario controllato»

Esaminate le risposte, la variante «flex» con il 35% occupa il 2° posto seguita dalla «orario controllato», 23%. Entrambe le varianti hanno trovato maggior consenso presso le giovani generazioni.

#### Risoluzione indirizzata al Consiglio federale

Al termine della presentazione dei risultati dell'inchiesta, onde stilare la risoluzione, ha fatto seguito il giro di domande. Etienne Bernard presidente della AdI, Markus Meyer presidente di swissPersona e Beat Grossrieder segretario centrale hanno posto le domande in merito alle differenti varianti. Al termine il presidente della AdI ha tratto le conclusioni in relazione alla risoluzione. L'assemblea ha quindi votato la risoluzione all'unanimità.

#### Prossimi passi

Con la risoluzione decisa il lavoro presso swissPersona potrà continuare con obiettivi chiari e concreti. Nelle prossime settimane e mesi l'Associazione si concentrerà sulle

seguenti attività:

- Presentazione al Capo del personale della Difesa e alla condotta dell'Esercito dei risultati dell'inchiesta.
- Discutere con la condotta dell'Esercito i prossimi passi da intraprendere.
- inoltrare la risoluzione decisa al Consiglio federale.
- Collaborazione e lavoro d'insieme con il gruppo di lavoro.
- Lobby in parlamento.
- Rappresentare la nostra posizione nel D della Difesa, presso il segretariato generale DPP, presso l'ufficio del personale federale e al Consiglio federale.
- Influenzare le consultazioni ufficiali in corso.

## RISOLUZIONE

### Basta con lo smantellamento delle prestazioni al personale militare

L'intenzione del Consiglio federale di portare l'età del pensionamento degli istruttori da 60 a 65 anni, spinge il personale militare ad una totale incomprensione e resistenza.

Un tale peggioramento delle condizioni di lavoro con un elevato rischio per la salute e la sicurezza, senza considerare l'elevato tempo di lavoro è, per la Associazione degli Istruttori e l'associazione mantello swissPersona, semplicemente inaccettabile.

5 anni orsono il pensionamento venne di nuovo regolamentato, cosa che ha evidenziato un fattore importante nelle condizioni di assunzione poco favorevoli alle particolari categorie professionali. La soluzione transitoria della attuale variante non è ancora esaurita che già si vuole introdurre una nuova.

Da anni si discute di non più applicare soluzioni che portano ad un peggioramento delle condizioni di lavoro per il personale militare.

Nella realtà è dimostrato che le misure previste ed applicate con effetto negativo per il personale sono presenti nei settori:

- Assicurazione Militare
- FAIF
- Previdenza PUBBLICA
- Negli ultimi anni, nessuna misura salariale anche in presenza delle elevate eccedenze della Cassa della confederazione (non così però nelle aziende vicine alla Confederazione)
- Terza revisione dell'età di pensionamento in pochi anni
- Sempre più carichi di lavoro quale conseguenza di continui adattamenti di sistema e modelli di istruzione
- Instabilità di considerazione nei confronti della lealtà e disponibilità degli organi di sicurezza

- Fiducia e credibilità negata in presenza di accordi decisi e bistrattati in merito all'attuale regola di pensionamento la cui fase di transizione non è ancora conclusa.

Nel personale militare diminuisce la fiducia nei confronti di accordi e colloqui tenuti con il datore di lavoro.

La lealtà e disponibilità del personale militare in ogni caso sarà nei confronti del datore di lavoro e dei politici ulteriormente messa a dura prova.

Esigiamo comunque:

- la rinuncia ad un ulteriore smantellamento delle misure già intraprese;
- i carichi di lavoro dovuti a ore supplementari, servizi di picchetto, lavoro notturno e festivo sono da onorare in modo conveniente;
- sono da considerare in particolare gli inconvenienti dovuti ai frequenti cambiamenti del luogo di lavoro, orari irregolari, impieghi all'estero, assenze prolungate dalla famiglia, difficoltà di un normale contatto sociale;
- l'applicazione del tempo di lavoro basato sulla fiducia come da OPF non entra in considerazione considerato il fatto che la maggioranza del personale non raggiunge la «posizione di quadro» corrispondente alla classe di salario 24;
- il personale militare di professione non dev'essere in alcun caso suddiviso (nessun sistema biclasse);
- anche in caso di riduzione del tasso di conversione, ai militari di professione delle classi di stipendio inferiori dev'essere in futuro possibile accedere al pensionamento a 60 anni;
- il sistema di milizia del nostro Esercito non dev'essere messo in pericolo.

Preghiamo con urgenza il Consiglio federale di rinunciare ad ogni MODIFICA tendente ad un peggioramento delle condizioni del personale militare.



Etienne Bernard, presidente della Associazione degli Istruttori.

### Svolgimento senza intoppi

Etienne Bernard presidente della AdI ha diretto in modo pacato e dominante l'assemblea. All'inizio ha chiaramente detto «tutti noi siamo coinvolti!» Ha fatto appello a tutti di impegnarsi in modo attivo onde ottenere una soluzione accettabile. Ha richiamato i presenti a sostenere la risoluzione inoltrata al Consiglio federale così da evidenziare, uniti, la nostra forza.



Markus Meyer, presidente centrale di swissPersona.

### L'importanza degli istruttori

Markus Meyer, presidente centrale, ha esposto i profondi cambiamenti avvenuti negli ultimi anni nell'Esercito: «ad esempio, l'effettivo di 655'000 del 1961 è sceso oggi a 100'000. Questa riduzione pesa sugli istruttori». In questo contesto anche le spese sono state fortemente ridotte. Nelle parole di Adolf Ogi Markus Meyer intravede oggi in modo chiaro che: «gli istruttori sono gli artefici del successo».

**«Una difesa credibile del paese esige dei costi e nel contempo necessita di una truppa di milizia credibile e di un corpo di professionisti motivati.»**



Beat Grossrieder, segretario centrale di swissPersona.

### Pressione al risparmio

Beat Grossrieder, segretario centrale, entra nel merito delle misure di risparmio sul personale. Espone quanto è stato fatto fin'ora. L'attacco attualmente in corso in merito all'età del pensionamento è una ulteriore chance: «abbiamo ora la possibilità di esporre in modo chiaro al Consiglio federale ed al Parlamento come e quanto viene prestatato dal personale militare e quali le conseguenze finanziarie avrebbe l'abbandono dello statuto».

**«Nell'Esercito il limone è spremuto. Il personale viene sempre più preso di mira. Così non può continuare.»**



Yvette Estermann, Consigliera nazionale.

### Sostegno del Consiglio nazionale

Dal primo istante in cui la Consigliera nazionale Yvette Estermann ha subodorato l'aria delle intenzioni del Consiglio federale di portare l'età del pensionamento a 65 anni delle «categorie particolari del personale», si è immediatamente attivata alla ricerca di informazioni complementari. Ha constatato numerose ingiustizie contenute nel progetto ed ha quindi deciso di impegnarsi in favore del personale militare. In occasione di un animato esposto ha motivato gli istruttori alla lotta.

**«Gli ufficiali e sottufficiali di professione sono pronti a battersi per la Svizzera. Vi incoraggio a battersi per voi stessi! Continuate così!»**



Stefan Müller-Altmet, Consigliere nazionale e presidente di Transfair.

### Nessun partnerariato sociale attivo

Stefan Müller-Altmet, presidente di Transfair e Consigliere nazionale, vede tre pericoli fondamentali. Pericoli che si concretizzeranno in caso di innalzamento dell'età di pensionamento delle categorie particolari del personale: 1) questo metterà in evidenza un ridotto apprezzamento nei confronti del personale della Confederazione. 2) la sicurezza del Paese verrà di sicuro intaccata. 3) il sistema di milizia dell'Esercito svizzero verrà considerevolmente indebolito: «chi vorrà ancora impegnarsi?»

**«Noi delle Associazioni seguiamo questo progetto da tempo ma senza successo. Questo non è un partnerariato attivo da parte del Consiglio federale e per questo tutti assieme facciamo opposizione.»**

# Personalverbände an verschiedensten Fronten gefordert

Beat Grossrieder  
Zentralsekretär swissPersona

## Paket des Bundesrates betreffend den Begleitmassnahmen der Pensionenkasse auf wackeligen Füüssen! Scherbenhaufen vorprogrammiert?

Wie bereits im Frühjahr mit dem Bundesrat ausgehandelt und budgetiert, hat man einen Ausgleich der zu erwartenden Teuerung zwischen 0,4 bis 0,6 Prozent vorgesehen. Gleichzeitig drängten sich Begleitmassnahmen für die Altersvorsorge auf, bei denen der dringende Handlungsbedarf unbestritten ist. Die Personalverbände forderten geschlossen, dass die beiden Geschäfte nicht verkoppelt werden. Wir machten deutlich, dass auf die Teuerungszulage auf keinen Fall verzichtet werden darf. Leider hat sich der Bundesrat, ohne zwingende Gründe, über die Haltung der Sozialpartner hinweggesetzt. So wurden die Begleitmassnahmen und die Lohnmassnahmen, zu Gunsten der Altersvorsorge, zu einem Paket geschnürt. Die Finanzierung soll dabei mit 160 Millionen Franken durch den Arbeitgeber und 40 Millionen Franken durch das Personal, auf Kosten des geplanten Teuerungsausgleiches, umgesetzt werden. Aus unserer Sicht sind diese Massnahmen nicht sachgerecht und unzureichend. Zu gross sind die Leistungseinbussen, welche dem Personal, insbesondere der tieferen Lohnklassen, trotz der vorgesehenen Massnahmen, bei den Renten zugemutet werden.

### Unverständliches Vorgehen

Für uns ist dieses Vorgehen aus folgenden Gründen unverständlich: Trotz Negativteuerungen der letzten Jahre wurde der Lebensunterhalt nicht wirklich günstiger. Wesentliche Faktoren wie Versicherungen, Krankenkassenprämien und Wohnungsmieten sind stets markant angestiegen. Nur schon bei den Versicherungen wurden die Prämien in den letzten drei Jahren um rund 14 bis 15 Prozent angehoben – Tendenz steigend! Bei der Militärversicherung werden die Prämien von 2017 auf 2018 sogar über 16 Prozent ansteigen. Besonders jüngere Angestellte, in mittleren und unteren Lohnklassen, sind auf einen Ausgleich angewiesen. Sie müssen ihre höher anfallenden Lebensunterhaltskosten heute begleichen und können sich nicht mit einer möglichen Verbesserung der Renten in 30 Jahren ab-

finden. Bei den bundesnahen Betrieben und in verschiedenen Branchen der Wirtschaft wurden in den letzten Jahren trotz Negativteuerungen Lohnmassnahmen umgesetzt. Der Vorschlag des Bundesrates ist im Parlament hart umstritten, was die Ablehnung der Finanzkommission des Nationalrates im November gezeigt hat und das Resultat in den Räten ist äusserst ungewiss (Der Entscheid fällt im Dezember nach dem Verlassen dieses Artikels). Eines aber ist sicher: Sollte im Dezember der Vorschlag des Bundesrates abgelehnt werden, hätten wir einen Scherbenhaufen, der nur schwer zu reparieren wäre. Aufgrund der aufgeführten Punkte und der noch fehlenden Fakten verzichteten wir auf weitere Lohnverhandlungen im November. Sollten aber die flankierenden Massnahmen der Altersvorsorge abgelehnt und die Teuerung nicht ausgeglichen werden, bedingt dies im Januar erneut sofortige Verhandlungen zur Schadenbegrenzung. Unter den möglichen zu erwartenden Umständen müssten folgende Punkte wieder auf den Tisch:

- Verhandlungen über Lohnmassnahmen 2018 rückwirkend auf den 1.1.2018. Lösungen vergleichbar mit den umgesetzten Lohnentwicklungen in der Wirtschaft.
- Lohnmassnahmen 2019
- Weiteres Vorgehen Begleitmassnahmen zur Altersvorsorge

Aufgrund der einmal mehr sehr hohen Überschüsse in der Jahresrechnung, den frei werdenden Geldern aus der Ablehnung der Altersvorsorge, den Ausschüttungen aus den ausgezeichneten Abschlüssen der Nationalbank und dem allfälligen Verzicht der flankierenden Massnahmen zur Altersvorsorge, können die Finanzen nicht erneut zum Vorwand auf Verzicht von angemessenen Massnahmen geltend gemacht werden.

Ein Brief aller Sozialpartner wurde im November mit den erwähnten Argumenten und Forderungen an den Gesamtbundesrat weitergeleitet.

### Anpassung der Beteiligung des Arbeitgebers an der Überbrückungsrente

Sie konnten in den Pressemitteilungen den untenstehende Entscheid entnehmen: Das Parlament hat im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes 2017–2019 das Bundespersonalgesetz (BPG) betreffend der finanzi-

ellen Beteiligung des Arbeitgebers an der Überbrückungsrente (Art. 32k BPG) angepasst. Mit dieser Gesetzesänderung entfällt die Verpflichtung des Arbeitgebers, sich generell an der Finanzierung der Überbrückungsrente zu beteiligen. Deshalb hat der Bundesrat am 15. November 2017 eine Revision der Bundespersonalverordnung (BPV) beschlossen. Mit dieser Revision wird die Beteiligung des Arbeitgebers an der Überbrückungsrente zwischen dem 60. und dem 62. Altersjahr aufgehoben. Ferner wird die Beteiligung des Arbeitgebers ab dem 62. Altersjahr auf die Funktionen beschränkt, die eine andauernd hohe physische oder psychische Belastung aufweisen. Diese Funktionen werden durch das EPA im Einvernehmen mit den Departementen vor dem Inkrafttreten der Änderung bestimmt. Die Änderung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft. Von dieser Massnahme sind die besonderen Berufskategorien noch ausgeschlossen.

Wir waren natürlich mit diesem Vorhaben nicht einverstanden. Nach der Feststellung, dass ein Abwenden der Vorlage im Parlament chancenlos war, setzten wir uns vorwiegend für eine Schadensbegrenzung ein. Somit forderten wir eine akzeptable Übergangslösung und die Erweiterung der zu berücksichtigenden Personen und Tätigkeitskategorien, wie das Mitspracherecht beim Festlegen des definitiven Berechtigungskataloges. Bei der Übergangsfrist wurde das Referenzalter von 64 auf 60 gesenkt. Die von uns zusätzlich vorgeschlagenen Berechtigungskategorien für einen möglichen Bezug wurden aufgenommen und das Mitspracherecht beim definitiven Festlegen des Berechtigungskataloges hat man uns zugesichert.

### Militärversicherung

Wie schon früher informiert, forderte der Bundesrat eine 100-prozentige Kostendeckung der Militärversicherung über die Prämien. Darin wurden auch die Kosten der stationären Spitalkosten und der Prämienvergünstigungen der unteren Einkommen verpackt. Mit den letzten zwei Punkten sind wir nicht einverstanden, da diese bei allen anderen Versicherungen über die Kantone finanziert werden. Wir haben uns, in Zusammenarbeit mit dem Direktor der Militärversicherung, vehement gegen die vorgesehene Prämienhöhung gewehrt, da bei einer 100-prozentigen Kostendeckung die

Prämien über 140 Franken pro Monat angestiegen wären. Wir haben beim Bundesrat, beim EPA und bei der Militärversicherung klar zu verstehen gegeben, dass wenn die Prämien 2017 auf 2018 bei den aktiven Mitgliedern über 20 Prozent liege, müsse das Versicherungsobligatorium in Frage gestellt werden. Wir sind uns bewusst, dass dies für die weitere Existenz der Versicherung in der heutigen Form ein markantes Problem sein würde. Die Erhöhung liegt nun bei 16,5 Prozent für die aktiven Berufsmilitärs mit Mehrkosten von zirka 49 Franken pro Monat. Ein nicht befriedigendes Resultat. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass Prämienanstiege der Militärversicherung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den privaten Versicherungen sehr moderat verlaufen sind. (Militärversicherung 29 Prozent, die privaten Versicherungen durchschnittlich 48 Prozent). Im Weiteren fallen bei der Militärversicherung weder Selbstbehalte noch Franchisen an, was pro Jahr bis zu 1'000 Franken ausmachen kann. Die Leistungen sind sehr gut und können mit den besten Versicherungen verglichen werden. Da das Berufsmilitär einen Beruf mit erhöhten Risiken ausübt, müsste bei einem Systemwechsel auch diese Komponente genau geprüft werden. Wir haben die Krankenkasse und Unfallversicherung unter einem Dach. Diese Argumente sprechen momentan noch für die Militärversicherung. Aber bei weiteren Annäherungen an private Versicherungen müsste das Thema erneut aufgenommen werden.

### Pensionierungsalter für die besonderen Berufskategorien

Darüber wurde schon viel gesprochen und es wird noch viel zu sprechen geben. Der VdI informiert regelmässig mit seinen Beiträgen. Die Stabilisierungsprogramme und die damit verbundenen schmerzhaften Kürzungen beim Bundespersonal veranlassten uns, bereits seit drei Jahren, zu verschiedensten Aktionen, wie Sie der nachfolgenden Aufzählung entnehmen können:

**2015** spürte man die ersten, drastischen Sparmassnahmen beim gesamten Bundespersonal.

- **August:** Anhörung/Besprechung Finanzkommissionen NR und SR
- **November:** Petition und Protestaktion in Bern

**2016** erfolgten die ersten Angriffe

gegen die vorzeitigen Pensionierungen der besonderen Berufskategorien mit dem Antrag der Finanzkommission des Nationalrates die Überbrückungsrenten zu streichen.

- **November:** Schreiben an den Nationalrat (Argumentation warum nicht und Konsequenzen). Die Vorlage der Finanzkommission wurde vom Nationalrat und Ständerat klar abgelehnt.

**2017** wird der Druck auf das militärische Personal und Grenzwachtkorps immer stärker. Nach der Ablehnung des Vorschlags der Finanzkommission im Jahr 2016 kommt der Bundesrat aus unverständlichen Gründen erneut mit der Prüfung des Pensionierungsalters der besonderen Berufskategorien.

- **März:** Schreiben an alle Bundesräte.
- **April:** Besprechung mit den Geschäftsprüfungskommissionen des National- und Ständerates und Stellungnahme zum Aussprachepapier des Eidgenössischen Personalamtes an den Bundesrat.
- **Juni:** Zweiter Brief an den Gesamtbundesrat, Lobbyieren im Parlament und bei den Bundesräten, Pressemitteilung der Personalverbände; Interview Tageschau SRF.
- **Juli:** Interview Radio SRF.
- **August:** Besprechung mit der Armeeführung (CdA, Fhr Geh, C Ausb, PC V).
- **September:** Brief an Bundesrat Parmelin (VdI mit VKB).
- **Oktober:** Besprechungen mit verschiedenen Parlamentariern.
- **November:** Ausserordentliche Versammlung des VdI und Resolution an den Bundesrat

Über das ganze Jahr fanden mehrerer Besprechungen mit GS VBS, EPA und mit Bundesrat Maurer statt.

### Mit vollem Engagement

Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für eine akzeptable Lösung einsetzen, wie dies dem Berufsmilitärkorps auch zusteht. In die gleiche Richtung arbeitet auch die Armeeführung. Mit diesem klaren Zeichen müsste die Politik die Situation ernst nehmen und die bevorstehenden Entscheide gut überdenken. Falsche Entscheide in dieser sehr heiklen Frage, die möglicherweise gar aufgrund fraglicher Neidkulturen zustande kam, wären für das ganze System problematisch.

## Les associations de personnel sont requises sur des fronts les plus divers

Beat Grossrieder  
Secrétaire central swissPersona  
Traduction Jean Pythoud

### Le paquet du Conseil fédéral concernant les mesures d'accompagnement des caisses de pensions est banal. Désastre programmé?

Comme négocié et budgété au printemps avec le Conseil fédéral, on a prévu une compensation entre 0,4 et 0,6 pour cent pour le renchérissement attendu. Simultanément, des mesures d'accompagnement pour la prévoyance s'imposent, et dont l'urgence d'agir est indéniable. Ensemble, les Associations de personnel exigeaient que ces deux affaires ne soient pas couplées. Nous avons clairement signalé qu'il ne fallait en

aucun cas renoncer aux primes de renchérissement. Malheureusement, le Conseil fédéral a, sans raison valable, passé par-dessus la position du partenaire social. Ainsi, les mesures d'accompagnement et les mesures salariales au profit de la prévoyance ont été ficelées en un seul paquet. Le financement de 160 millions de francs de la part de l'employeur et de 40 millions de francs de celle des employés est aux frais de la compensation planifiée du renchérissement. À notre avis, ces mesures ne sont ni adéquates, ni suffisantes. Malgré les mesures prévues, les diminutions de prestations des retraites que le personnel, en particulier celui des basses classes de salaire doit supporter, sont trop grosses.

### Procédé incompréhensible

Ce procédé nous est incompréhensible, ceci pour les raisons suivantes: malgré le renchérissement négatif des années passées, le coût de la vie n'est pas devenu meilleur marché. Les facteurs marquants comme les assurances, les primes des caisses maladie et les loyers ont augmenté de manière flagrante. Rien que dans les assurances, les primes ont augmenté de 14 à 15 pour cent ces trois dernières années – tendance à la hausse! Les primes de l'assurance militaire de 2017 vont augmenter de 16 pour cent en 2018, voire plus. Les jeunes employés, en particulier, qui se trouvent dans les classes moyennes ou basses de salaire sont dépendants d'une compensation. Aujourd'hui, ils doivent pouvoir s'acquitter des coûts élevés de la vie et non pas se satisfaire d'une amélioration possible de la rente dans les 30 ans. Ces dernières années, dans

les entreprises proches de la Confédération et dans diverses branches de l'économie, des mesures salariales ont été mises en œuvre, malgré les renchérissements négatifs. La proposition du Conseil fédéral est fortement controversée au sein du Parlement, ce qu'a montré le rejet de la Commission des finances du Conseil national en novembre, et le résultat aux Chambres est des plus incertain (la décision tombera en décembre, après la rédaction de cet article). Une chose est sûre: Si la proposition du Conseil fédéral devait être rejetée en décembre, nous serons devant un désastre qu'il sera difficile de réparer. Sur la base des points cités et en l'absence de faits, nous avons renoncé à d'autres tractations salariales en novembre. Si les mesures d'accompagnement de la prévoyance devaient être rejetées et

le renchérissement non compensé, alors de nouvelles tractations immédiates seront engagées en janvier afin de limiter les dégâts. Selon les circonstances possibles attendues, les points ci-dessous sont à nouveau sur la table:

- Tractations sur les mesures salariales 2018, rétroactives 1.1.2018. Solutions comparables aux développements des salaires dans l'économie.
- Mesures salariales 2019.
- Autres procédures de mesures d'accompagnement de la prévoyance.

Sur la base des excédents très élevés des résultats des comptes annuels, l'argent ainsi libéré par le rejet de la prévoyance, le versement

Continue à la page 7

Continuée de la page 6

de dividendes résultant des excellents bilans de la Banque Nationale et l'abandon éventuel des mesures d'accompagnement pour la prévoyance, les finances ne peuvent plus, à nouveau, se cacher derrière le prétexte de l'abandon des mesures appropriées.

Une lettre de tous les partenaires sociaux contenant les arguments et les exigences cités, a été adressée à l'ensemble du Conseil fédéral.

### Adaptation de la participation de l'employeur à la rente transitoire

Des communiqués de presse, vous pouviez prendre connaissance de la décision ci-après: Le Parlement a, dans le cadre du programme de stabilisation 2017-2019, adapté la Loi sur le personnel de la Confédération (L Pers) en ce qui concerne la participation financière de l'employeur aux rentes transitoires (art. 32k L Pers). Par cette modification de la loi, l'obligation de l'employeur à contribuer généralement au financement de la rente transitoire tombe. C'est pourquoi, le Conseil fédéral a, le 15 novembre 2017, décidé d'une révision de la loi sur le personnel de la Confédération (L Pers). Par cette révision, la participation de l'employeur à la rente transitoire entre la 60<sup>e</sup> et la 62<sup>e</sup> année est supprimée. En outre, la participation de l'employeur dès la 62<sup>e</sup> année se limite aux fonctions qui présentent une charge physique ou psychique constante et élevée. Ces fonctions seront définies par l'OPFER en entente avec les départements ceci avant la mise en œuvre de la modification. La modification entrera en

vigueur le 1er juillet 2018. Les catégories particulières de personnel sont encore exclues de cette mesure. Naturellement, nous n'étions pas d'accord avec ce projet. Après la constatation qu'une modification du projet n'avait aucune chance devant le Parlement, nous nous sommes engagés avant tout pour une limitation des dégâts. Ainsi, avons-nous demandé une solution transitoire acceptable et l'élargissement aux personnes à considérer et aux catégories d'activité, ainsi qu'une voix consultative lors de la fixation définitive du catalogue des légitimations. Dans le délai de transition, l'âge de référence a été abaissé de 64 à 60 ans. Les catégories de légitimations que nous avons proposées en supplément comme référence possible ont été prises en considération et on nous assuré d'une voix consultative lors de l'établissement définitif du catalogue des légitimités.

### Assurance militaire

Comme déjà annoncé, le Conseil fédéral a exigé une couverture à 100 pour cent des coûts de l'Assurance militaire, ceci par le bais des primes. En plus les coûts des frais hospitaliers stationnaires et les rabais de prime sont considérés comme revenu. Nous ne sommes pas d'accord avec les deux derniers points, parce que toutes les autres assurances sont subventionnées par les cantons. En collaboration avec le directeur de l'Assurance militaire, nous nous sommes défendus avec véhémence contre l'élévation prévue des primes qui, avec une couverture de 100 pour cent des coûts, procurerait une hausse des primes de plus de 140.- francs par mois. Nous avons clairement fait comprendre

au Conseil fédéral, à l'OPFER et à l'Assurance militaire que si les primes 2017 - 2018 pour les membres actifs augmentaient au-dessus de 20 pour cent, l'obligation d'assurance serait remise en question. Nous sommes conscients que, dans le futur, l'existence de l'assurance dans sa forme actuelle représentera un problème marquant. L'augmentation se situe désormais dans les 16,5 pour cent pour les militaires de carrière actifs, ce qui représente une augmentation d'environ 49 francs par mois. Un résultat non satisfaisant. Par contre il faut tenir compte que, dans ces dernières années, l'augmentation des primes de l'Assurance militaire a été très modérée par rapport aux assurances privées (Assurance militaire 29 pour cent et les assurances privées 48 pour cent en moyenne). En plus, dans l'Assurance militaire il n'y a ni quote-part, ni aucune franchise, ce qui peut représenter jusqu'à 1'000 francs par année). Les prestations sont très bonnes et se laissent comparer avec celles des meilleures assurances. Le fait que le militaire de carrière exerce une profession avec des risques élevés, cette composante devra aussi être examinée avec précision lors d'un changement de système. Nous avons la caisse maladie et l'assurance accidents sous le même toit. Momentanément, ces arguments parlent encore pour l'Assurance militaire. Mais le thème devra être traité à nouveau si d'autres rapprochements devaient être entrepris envers les assurances privées.

### Âge de la retraite pour les catégories particulières de personnel

Là-dessus, il a déjà été beaucoup

parlé et il y aura encore beaucoup à dire. Par ses articles, l'AdI informe régulièrement. Les programmes de stabilisation avec leurs douloureuses réductions qui les accompagnent pour le personnel de la Confédération, nous ont conduits, depuis trois ans, à diverses actions, comme vous pouvez le voir dans l'énumération ci-dessous:

**2015** On ressent les premières mesures drastiques d'économie sur l'ensemble du personnel de la Confédération.

• **Août:** Audition/entretien avec les Commissions des finances du CN et du CE.

• **Novembre:** Pétition et manifestation à Berne.

**2016** surviennent les premières attaques contre la préretraite des catégories particulières de personnel avec proposition de la Commission des finances du Conseil national de supprimer les rentes transitoires.

• **Novembre:** Lettre au Conseil national (Argumentation pourqu'on ne passe pas et conséquences). La proposition de la Commission des finances a été clairement rejetée par le Conseil national et par le Conseil des Etats.

**2017** La pression sur le personnel militaire et le corps des gardes-frontière devient de plus en plus forte. Après le rejet de la proposition de la Commission des finances en 2016, le Conseil fédéral arrive avec des raisons incompréhensibles à vouloir ré-examiner l'âge de la retraite des catégories particulières de personnel.

• **Mars:** Lettre à tous les Conseillers fédéraux.

• **Avril:** Discussion avec les Com-

missions de gestion du Conseil national et du Conseil des Etats et prise de position sur le document de discussion de l'Office fédéral du personnel à l'attention du Conseil fédéral.

• **Juin:** Deuxième lettre à l'ensemble du Conseil fédéral, prise d'influence (lobby) au Parlement et auprès des Conseillers fédéraux, communiqué de presse des associations de personnel, interview journal télévisé SRF.

• **Juillet:** Interview radio SRF.

• **Août:** Entretien avec la Conduite de l'armée (CdA, aide cdmt, C instr, CP V).

• **Septembre:** Lettre au Conseiller fédéral Parmelin (AdI avec ACC).

• **Octobre:** Entretiens avec divers parlementaires.

• **Novembre:** Assemblée extraordinaire de l'AdI et résolution à l'attention du Conseil fédéral.

Sur toute l'année, de nombreuses discussions ont été menées avec SG DDPS, OPFER et avec le Conseiller fédéral Maurer.

### Avec un engagement total

Nous allons continuer à nous engager avec toute la force nécessaire pour une solution acceptable, comme il en revient de droit au corps militaire de carrière. La Conduite de l'armée œuvre aussi dans la même direction. Avec ces signes clairs, la politique doit sérieusement prendre en compte la situation et bien réfléchir sur les décisions futures. Des décisions erronées dans cette question très sensible qui, probablement existe de par une culture douteuse de dénigrement, seraient très préjudiciables pour l'ensemble du système.

## Le associazioni del personale sono impegnate su più fronti

Beat Grossrieder  
Segretario centrale di swissPersona  
Traduzione Carlo Spinelli

### Il pacchetto del Consiglio federale riguardante le misure di accompagnamento della cassa pensioni traballa! La montagna di cocci è programmata?

Come trattato e previsto in primavera con il Consiglio federale, ci attendevamo un carovita in relazione all'aumento dei costi tra lo 0,4 fino allo 0,6 %. In contemporanea le misure di accompagnamento per la previdenza necessitano di un intervento più che necessario. Le Associazioni del personale insistono nel non raggruppare i due argomenti. È imperativo che in ogni caso non ammettiamo la rinuncia alla indennità di carovita. Purtroppo senza un valido motivo il Consiglio federale ha deciso di distanziarsi dall'atteggiamento dei partner sociali. Di conseguenza le misure di accompagnamento e le misure salariali, a favore della previdenza, sono state riunite in un solo pacchetto. Il finanziamento, dell'importo di 160 milioni tramite il datore di lavoro e 40 milioni tramite il personale verrà così applicato a spese del pianificato carovita. A nostro parere queste misure non sono appropriate ed insufficienti. Anche con le previste misure, sono troppo elevate le penalizzazioni delle rendite per il personale, in particolare per le classi salariali inferiori.

### Modo di procedere incomprensibile

Per questi motivi il modo di procedere è per noi incomprensibile: anche se il rincaro è negativo, negli ultimi anni il costo della vita non

è per niente favorevole. Fattori fondamentali quali le assicurazioni, i premi di cassa malati e gli affitti marciano un continuo aumento. Solo per i premi di cassa malati negli ultimi tre anni si è constatato un aumento variabile tra il 14-15 % con tendenza al rialzo! L'Assicurazione militare ha aumentato i premi a partire dal 2018 del 16 %. I giovani in particolare che si situano nelle classi salariali medie e basse sono particolarmente toccati e necessitano di un compenso. Devono oggi situarsi in un costo della vita elevato senza poter considerare un possibile miglioramento delle rendite tra 30 anni. Nelle aziende vicine alla Confederazione ed in numerosi rami dell'economia negli ultimi anni si è assistito, anche in presenza di costi negativi, ad un adattamento dei salari. La proposta del Consiglio federale è stata fortemente contestata nel parlamento ed è dimostrata anche dal rifiuto di novembre della Commissione delle finanze del Consiglio nazionale e quindi da un risultato finale incerto (la decisione cadrà a dicembre dopo la redazione di questi articoli.) Una sola cosa è certa: se a dicembre la proposta del Consiglio federale verrà rifiutata, ci ritroveremo un mucchio di cocci che solo difficilmente potranno venir riparati. Quale conseguenza dei punti citati e dei fattori mancanti, a novembre rinunceremo ad ulteriori trattative. Qualora le misure fiancheggianti alla previdenza venissero rifiutate ed il rincaro non parificato, per limitare i danni a gennaio sarà con urgenza necessaria una trattativa atta a limitare i danni. Da quanto ci si può aspettare, in ogni caso i seguenti punti dovranno comunque nuovamente venir messi in discussione:

• Trattative sulle misure salariali 2018 retroattive al 1.1.2018. Solu-

zioni paragonabili con le misure adottate dall'industria.

- Misure salariali 2019
- Ulteriori procedure al riguardo delle misure di accompagnamento alla previdenza.

Sulla base dell'ulteriore avanzo del consuntivo annuo i soldi liberati dal rifiuto della previdenza ed i dividendi della Banca nazionale come pure l'eventuale rinuncia alle misure di accompagnamento, non si potrà nuovamente trovare scuse per la rinuncia ad adottare misure adeguate.

Uno scritto in tal senso è stato indirizzato a tutti i partner sociali ed al Consiglio federale con elencati gli argomenti e le esigenze citate.

### Adattamento della partecipazione del datore di lavoro alla rendita ponte

In occasione di un comunicato stampa si è venuti a conoscenza della decisione qui di seguito riportata: nell'ambito del programma di stabilizzazione 2017-2019, il Parlamento ha adattato la Legge sul personale federale (LPersF) riguardante la partecipazione finanziaria del datore di lavoro alla rendita ponte (Art. 32k LPersF). Con questa modifica di legge, cade l'obbligo del datore di lavoro di partecipare in generale al finanziamento della rendita ponte. Per questo il Consiglio federale il 15 novembre 2017 ha deciso una revisione dell'Ordinanza sul Personale federale (Opers). Con questa revisione la partecipazione del datore di lavoro alla rendita ponte per il periodo tra i 60 ed i 62 anni viene soppressa. In futuro la partecipazione del datore di lavoro si limiterà a quelle funzioni che presentano un carico fisico

e psichico permanente. Le funzioni prese in conto verranno definite in accordo con l'Ufficio del personale federale prima dell'entrata in vigore della modifica. La modifica entrerà in vigore il 1° luglio 2018. Le particolari categorie professionali sono ancora escluse da queste misure. Naturalmente non siamo d'accordo con questa soluzione. Constatato che un cambiamento d'idea del parlamento è escluso, ci impegnamo a priori per limitare i danni. Di conseguenza nello stabilire il catalogo definitivo esigiamo che una soluzione transitoria accettabile venga messa in atto e che venga allargato il campo delle persone e categorie professionali come pure il diritto di intervento. Nel termine transitorio l'età di riferimento è passata dai 64 ai 60 anni. Le categorie professionali da noi proposte per un possibile usufrutto sono state prese in considerazione come pure il diritto di intervento nello stabilire il catalogo definitivo degli aventi diritto.

### Assicurazione Militare

Come in precedenza informato, il Consiglio federale esige la copertura del 100 % dei costi tramite i premi. Con questo anche i costi ospedalieri stazionari e le agevolazioni ai premi per le categorie inferiori sono coinvolte dalla misura adottata. Con gli ultimi due punti non siamo d'accordo, in quanto presso tutte le altre assicurazioni questi costi vengono finanziati dai Cantoni. In accordo con il direttore della AM ci siamo opposti in modo veemente contro questa decisione che con una copertura del 100 % dei costi porterebbe un aumento dei premi di oltre 140 Fr. al mese. Presso il Consiglio federale, presso l'Ufficio del personale e l'AM abbiamo chiaramente

fatto capire che se l'aumento dei premi per i membri attivi supererà il 20 % si dovrà mettere in discussione l'obbligo di assicurarsi. Siamo coscienti che questo sarà un problema per la sopravvivenza della Assicurazione nella sua forma attuale. L'aumento per i militari di professione attivi si fissa al 16,5 % ovvero circa 49.- Fr. al mese. Un risultato tutt'altro che soddisfacente.

Dobbiamo comunque considerare che nei confronti del privato i premi dell'AM sono, negli ultimi dieci anni, aumentati in modo assai moderato. (AM 29 %, nel privato mediamente del 48 %). Inoltre nell'AM non troviamo trattenute né tantomeno franchigie ciò che corrisponde ad uno 1'000 annuo in Franchi. Le prestazioni sono ottime e si possono paragonare alle migliori Assicurazioni presenti sul mercato. La professione di militare comporta rischi elevati e quindi in caso di cambio del sistema questo fattore dovrà venir attentamente valutato. Abbiamo la cassa malati e infortuni sotto lo stesso tetto. Questi argomenti per il momento parlano ancora in favore dell'AM. In caso di un ulteriore avvicinamento alle Assicurazioni private l'argomento tornerà di certo d'attualità.

### Età di pensionamento per le categorie particolari

Di questo si è già molto discusso e se ne discuterà ancora a lungo. L'AdI informa regolarmente tramite i suoi articoli. I programmi di stabilizzazione emanati dal Consiglio federale con le relative dolorose conseguenze per il personale della Confederazione come potete rilevare dallo specchio che segue ci occupa da tre

Continua da pagina 7

anni tramite diverse azioni:

**2015** si constatano le prime drastiche misure di risparmio sull'intero personale federale.

- **Agosto:** audizioni/colloqui con le commissioni finanze Nazionale e Stati;
- **Novembre:** Petizione e protesta a Berna.

**2016** arrivano i primi attacchi contro il pensionamento anticipato delle categorie professionali particolari con la

proposta della commissione finanze del Nazionale di stralciare le rendite ponte.

- **Novembre:** Lettera al Consiglio nazionale (argomentazione del perché no e conseguenze). La proposta della Commissione delle finanze è stata chiaramente rifiutata dal Nazionale e dagli Stati.

**2017** la pressione sul personale militare e le guardie di confine si fa sempre più sentire. Dopo il rifiuto della proposta della Commissione delle finanze nel 2016 in Consiglio federale con motivi incomprensibili

torna con l'esame dell'età di pensionamento delle categorie particolari del personale.

- **Marzo:** lettera ai Consiglieri federali.
- **Aprile:** colloquio con le commissioni di controllo del Nazionale e degli Stati e presa di posizione nei confronti dei documenti di colloquio dell'Ufficio del personale federale al Consiglio federale.
- **Giugno:** seconda lettera ai Consiglieri federali, lobby in parlamento e presso i Consiglieri federali, comunicati stampa delle Associazioni del personale; inter-

vista al TG della SSR.

- **Luglio:** Intervista alla radio SSR.
- **Agosto:** colloquio con i vertici dell'Esercito (CdEs, aiuto cond, C Istr, C pers D).
- **Settembre:** lettera al Consigliere federale Parmelin (AdI con VKB).
- **Ottobre:** colloqui con diversi parlamentari.
- **Novembre:** assemblea straordinaria della AdI e risoluzione al Consiglio federale.

Lungo tutto l'anno si sono avuti colloqui con SG DD, Ufficio del personale ed il Consigliere federale Maurer.

Con impegno totale

Continueremo con tutte le forze al raggiungimento di una soluzione accettabile e di diritto per il personale militare di professione. Nella stessa direzione operano i vertici dell'Esercito. Davanti a questi chiari segnali, la politica deve prendere la cosa sul serio e soppesare in modo approfondito le decisioni. Decisioni sbagliate in questo delicato contesto frutto di una cultura fatta di invidie, sarebbero problematiche per l'intero sistema.

## Personalverbände sind gefordert

Das Parlament lehnt den Antrag des Bundesrates zur Unterstützung der Pensionskasse PUBLICA ab. Der Teuerungsausgleich wird erneut zum Thema.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Paket zur Unterstützung der Pensionskasse wurde vom Parlament ab-

gelehnt. Der totale Scherbenhaufen konnte aber vermieden werden, da der von uns geforderte Teuerungsausgleich neu wiederum mit 32 Millionen Franken budgetiert wurde. Der Bundesrat wird am 20. Dezember 2017 über das weitere Vorgehen entscheiden. Wir gehen davon aus, dass das Bundespersonal mit einem Teuerungsausgleich zwischen 0,5 bis 0,6 Prozent rechnen kann. Wir sind

uns aber bewusst, dass das Gesamtproblem mit den betroffenen Massnahmen nicht gelöst ist. Nun sind der Bundesrat, die Organe der PUBLICA und die Personalverbände gefordert, Lösungen für die Pensionskasse zu finden, damit eine unzumutbare Renteneinbusse vermieden werden kann.

Beat Grossrieder

## Les associations de personnel sont requises

Le Parlement rejette la proposition du Conseil fédéral de soutenir la caisse de pensions PUBLICA. La compensation du coût de la vie devient à nouveau un thème.

Le paquet présenté par le Conseil fédéral pour soutenir la caisse

de pension a été rejeté par le Parlement. Le désastre total a pu être évité, parce que la compensation du coût de la vie que nous avons exigée a été à nouveau budgétée avec 32 mio. Le 20 décembre, le Conseil fédéral décidera d'autres actions. Nous partons du fait que, le personnel de la Confédération peut tabler avec une compensation du coût de la vie entre 0,5 % - 0,6 %. Mais nous

sommes conscients que le problème général n'est pas résolu avec les mesures prises. Le Conseil fédéral, les organes de PUBLICA et les associations de personnel sont mis en demeure de trouver des solutions pour la caisse de pensions, afin de pouvoir éviter une perte déraisonnable de rente.

Beat Grossrieder/  
Traduction Jean Pytboud

## Le Associazioni del personale sono chiamati

A proposta del Consiglio federale di appoggiare la cassa pensioni PUBLICA è stata bocciata dal parlamento. Il tema adattamento del rincaro torna d'attualità.

Il pacchetto di misure proposte dal Consiglio federale in appoggio alla Cassa pensioni è stato rifiutato dal parlamento. Il disastro totale ha comunque potuto essere evitato in quanto i 32 milioni da noi richiesti per coprire il rincaro sono stati messi a preventivo. Il Consiglio federale deciderà il 20 dicembre sui prossimi passi da intraprendere. Consideriamo quindi che il personale federale potrà contare su di un carovita variante tra lo 0,5 - 0,6 %. Siamo comun-

que coscienti che con queste misure l'insieme del problema è lungi dall'essere risolto. Il Consiglio federale, gli organi di PUBLICA e le Associazioni del personale sono chiamati alla ricerca di soluzioni in favore della cassa pensioni atte ad evitare perdite a scapito delle rendite di pensionamento.

Beat Grossrieder/  
Traduzione Carlo Spinelli

## Sektionsnachrichten

ZENTRALSCHWEIZ – KRIENS

### Pensionierten-Treffen 2018

Jeden 3. Mittwoch im Monat, ab 14.00 Uhr im Restaurant Grüenebode in Kriens.

- 17. Januar
- 21. Februar
- 21. März
- 18. April
- 16. Mai
- 20. Juni
- 19. September
- 22. September (Picknick bei Werni auf Dorschnei)
- 17. Oktober
- 21. November
- 19. Dezember (Chlauskegeln, Kegelbahn Waldweg, Luzern, ab 14.30 Uhr)

**VERBAND DER INSTRUKTOEREN**  
**ASSOCIATION DES INSTRUCTEURS**  
**ASSOCIAZIONE DEGLI ISTRUTTORI**

1938 - 2017

Kaserne  
CH-9000 St. Gallen  
www.vdi-adi.ch

Terminvorankündigung • Avis préalable • Avviso preliminare

**Kontaktpersonenkonferenz: Mittwoch 28. Februar 2018 in Stans**  
**Conférence des personnes de contact: mercredi 28 février 2018 à Stans**  
**Conferenza delle persone di contatto: mercoledì 28 febbraio 2018 a Stans**

1938 - 2017

ZENTRALSCHWEIZ

## Chlaushock 2017



Mitglieder unter sich im Gespräch.

Am 2. Dezember 2017 fand unser traditionelle Chlaushock im Restaurant Hotel Weisses Rössli in Brunnen statt.

Xaver Inderbitzin  
Präsident Sektion Zentralschweiz

Der Präsident a. i. Xaver Inderbitzin begrüßte gegen 17.55 Uhr die Anwesenden zu diesem schönen und gemütlichen Abend. Er gab einige Informationen und Mitteilungen bekannt. Es nahmen total 52 Personen an diesem Anlass teil, darunter viele Pensionierte aus den Regionen Sursee, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Uri. Speziell begrüßen durfte der Präsident Josef Nauer, ehemaliger Sektionspräsident der Sektionen Seewen und Uri-Schwyz, sowie Albert Peyer, Ehrenmitglied der ehemaligen Sektion Luzern.

Gemütlicher Abend

Wir verbrachten bei einem sehr feinen Nachtessen und gespendeten

Mandarinen, Nüssli und Schokolade (finanziert aus der Sektionskasse) einen sehr schönen und gemütlichen Abend. Musikalisch unterhielt uns Peter Kamer mit seinem Schwyzerörgeli, wofür sich der Präsident herzlich bedankte.

Gegen 21.30 Uhr verabschiedeten sich bereits einige Teilnehmer von uns, die restlichen Teilnehmer machten sich gegen 23.00 Uhr auf den Heimweg.

Zum Abschluss bedankte sich der Präsident bei Kassier Toni Gasser für das gute Gelingen dieses Chlaushocks und wünschte allen eine gute Heimkehr, schöne und tolle Festtage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2018.

Nächster Anlass

Generalversammlung, Freitag, 13. April 2018, Restaurant Alouette bei der Luftwaffe auf dem Flugplatz in Alpnach.